



Linker Stadtanzeiger

21. Jahrgang / Nr. 7 / 2010, November/Dezember

Preis: Spendenbeitrag

Kopieren oder Weitergabe an Freunde und Bekannte ist erwünscht.

Auch lesen in www.dielinke-lausitz.de/politik/kreiszeitungen/linker_stadtanzeiger/

Diesterweg-Grundschule nicht aufgeben. Kämpfen.

Der Kampf um die Zukunft der Diesterweg-Grundschule währt nun schon 8 Jahre. Im Vertrauen auf die Zusagen des Bürgermeisters haben sich die Eltern darauf eingelassen, übergangsweise in die Europaschule einzuziehen. Dieser Übergang läuft, obwohl auf ein Schuljahr befristet, schon das zweite Jahr und ein Ende ist nicht abzusehen. Dieser unbefriedigende Zustand ist immer noch da, obwohl der gesamte Lehrkörper gemeinsam mit den Eltern ein zukunftsweisendes Projekt zur Umsetzung von zweisprachigem Unterricht, hier an der deutsch-polnischen Grenze vorbereitet hat. Großspurig wird auf Bundes- und Landesebene immer wieder verkündet, wie wichtig Bildung, vor allem auch fremdsprachliche sei, dass

alle möglichen Anstrengungen unternommen würden, um endlich den Bildungsanschluss an das internationale Niveau wieder herzustellen. Von Millionenbeträgen ist da die Rede, die bereit gestellt werden sollen. Doch was geschieht in der Praxis? Da erhält Guben vor einigen Wochen einen Bescheid des zuständigen Bildungsministeriums, dass die vorgelegte Schulentwicklungsplanung nicht genehmigt

werden könne, da die Zügigkeit der Grundschulen, d.h. die Anzahl der aufzunehmenden 1. Klassen, die Höchstzahl von 6 überschreiten würde. Im Grundsatz stimmt auch das nicht, da in der Gubener Planung immer von Maximalzahlen die Rede ist und diese sehr wohl auch unterschritten werden können. Bis zum 31.12.2010 hat nun Guben Zeit, seine



Schülerdemo am 26.11.10 in Berlin

Planung entsprechend der Vorgaben anzupassen, um den Weg endlich für das zweisprachige Projekt und damit auch den Weg zur Beantragung von entsprechenden Fördermitteln frei zu machen. Eifrig wurde in der vergangenen Zeit in den Gremien der Schule und in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung daran gearbeitet. Hat aber das Bildungsministerium überhaupt Interesse an einem Schul-

Poetyckie Rubieze - Poetisches Grenzland

Unter diesem Titel verbarg sich ein Konzert der besonderen Art. In der Gubiner Gaststätte „Retro“ spielte am 29.10.10 der sorbische Liederdichter Bernd Pittkunings, Jacek Kadis aus Krasnik sowie Peter Stephan, Mitglied unserer Fraktion. Es war ein Abend mit gelebter deutsch-polnischer Freundschaft. Das Publikum sprach zwei Sprachen und klatschte in einheitlicher Zustimmung. Es war eine tolle Stimmung und die Künstler hervorragend. Der Leiter des Gubiner Kulturhauses gab bekannt, dass Peter Stephan im Stadtparlament in Guben sitzt und wünschte sich scherzhaft, dass seine Verwaltung auch poetische Lieder singen möge. Wir waren dabei und danken den Künstlern und Veranstaltern sowie der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit.

Gabriele Scholz

versuch? Mit großer Verwunderung mussten alle Beteiligten zur Kenntnis nehmen, dass am 9. 11. das Bildungsministerium mitteilte, dass der **Schulversuch nicht genehmigt** wird. Als Begründung wurden **einzig und allein Haushaltsgründe** angeführt. So viel zur Initiative „Bildungsrepublik“ – deutlich wird

vielmehr „Vorwärts in die Bildungswüste“. Die Lehrkräfte, Eltern und SchülerInnen wollen weiter kämpfen, für ihr Schulprojekt, für ihre Schule, für beste Lernbedingungen. DIE LINKE Guben wird sie dabei unterstützen.

Fraktion DIE LINKE



Die Grundsatzfrage stellen

am 7. November 2010 in Hannover

...Wenn wir dieses Grundsatzprogramm und unsere Verortung formulieren, und wenn wir den Begriff Demokratischer Sozialismus immer wieder bemühen, dann müssen wir auch vielen Menschen sagen: Was ist demokratischer Sozialismus? Wenn man mal mit Lektoren zu tun hat, wenn man irgendetwas schreibt, dann heißt eine Grundregel: Fremdwörter raus! Und es ist nun einmal so, wenn zu viele Fremdwörter in einem Text sind, dann ist er nicht sehr volkstümlich – um das einmal zu sagen. Ich würde am Schluss raten, den Text auch einmal daraufhin zu überprüfen, ob man nicht einige Fremdwörter ersetzen kann durch verständliche Formulierungen. Und das gilt dann selbstverständlich auch für die Erklärungsnotwendigkeit des Demokratischen Sozialismus, weil ja das Wort Sozialismus oft missbraucht worden ist in der Geschichte. Darüber dürfen wir uns ja nicht hinwegtäuschen. Und deshalb müssen wir es übersetzen, und deshalb sage ich, eine der besten Formulierungen stammt von Rosa Luxemburg, und die heißt nun einmal: Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung. Eine solche Gesellschaft

wollen wir. Die gibt es heute noch nicht, aber wir wollen sie. Und wenn der Begriff der Ausbeutung fällt, liebe Freundinnen und Freunde, dann muss das nicht nur auf die Arbeitswelt bezogen sein, dann muss das auch auf die Natur bezogen sein. Man darf die Natur nicht in dem Sinne ausbeuten, dass man die Lebensgrundlagen endgültig zerstört. Die ökologische Frage, und das sage ich noch einmal, ist für uns eine Systemfrage. Wir binden sie an die Eigentumsfrage, und deshalb sind wir überzeugt, nur unser Gesellschaftsentwurf eröffnet überhaupt Wege, um die ökologische Frage in den Gesellschaften dieser Welt zu lösen.

Es gibt eine andere Formulierung, was Demokratischen Sozialismus angeht, und die will ich hier nicht vorenthalten. Sie stammt von einem evangelischen Theologen. Er sagte einmal: Demokratischer Sozialismus ist eine Widerstandsbewegung gegen die Zerstörung der Liebe in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es wäre doch gar nicht schlecht, wenn das Wort Liebe zumindest einmal in einem Grundsatzprogramm irgendeiner Partei auftaucht, liebe Freundinnen und Freunde, so verkehrt wäre das doch nicht! ...

Aktivenkonferenz der Brandenburger LINKEN 19./20. Nov. 2010 in Teltow

„Spannend, produktiv, unbedingt wiederholen“, das waren nur drei von vielen Beschreibungen für das, was auf der Aktivenkonferenz der LINKEN in Teltow am 19. und 20. November vor sich ging. Rund 100 aktive Genossinnen und Genossen diskutierten zwei Tage lang lebhaft und durchaus selbstkritisch über den aktuellen Zustand der Partei. Dabei verloren sie jedoch die Zukunft der LINKEN nicht aus dem festen Blick.

Den Auftakt der Aktivenkonferenz bildeten Impulsreferate. Sie nahmen aus unterschiedlichen Perspektiven die Partei ganz offen ins Visier.

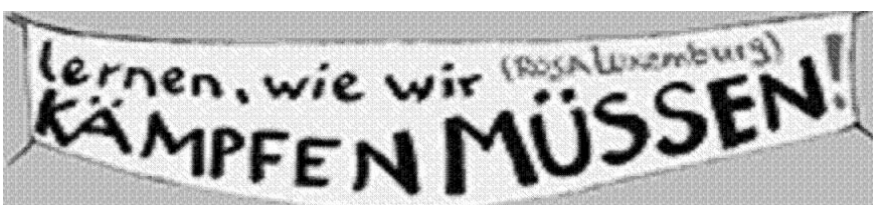
Innerparteiliche Kultur, das war vielleicht der Schlüsselbegriff dieser an Meinungen angenehm pluralistischen Aktivenkonferenz 2010.

Kein Wunder also, dass auf die beiden Impulsreferate eine lebhaft, mitunter kontroverse Diskussion folgte. Die Teilnehmer „stritten“ über die Defizite in der Mitgliederversammlung und um die Jugendarbeit. Sie sorgten sich um den vermeintlichen Gegensatz von Regierungsbeteiligung und politischen Visionen. Es ging um attraktive, politische Aktionen und am Ende vielleicht sogar um einen „Neuen Geist“, der in die Partei einziehen soll, wie es sich eine Teilnehmerin sehnsüchtig wünschte. Die Fülle der inhaltlich höchst unterschiedlichen Beiträge dokumentierte das hohe Diskussionsbedürfnis der anwesenden Mitglieder. Wohl aber auch den Gesprächsstau, der sich in der vergangenen Zeit auf einigen Ebenen der Partei schleichend breit gemacht hat.

Was folgte waren am Samstag nicht weniger als acht Workshops. Allen Workshops gemein war die intensive, niveauvolle und zukunftsorientierte Diskussion in einem angenehmen Kommunikations- und Arbeitsklima. Die Ergebnisse werden dokumentiert und interessierten Menschen schon bald zur Verfügung gestellt.

„Es gab nichts, was es nicht gab. Und das tut unserer Partei und politischen Arbeit vor Ort sehr gut“, erklärte eine Teilnehmerin der Aktivenkonferenz in Teltow.

www.dielinke-brandenburg.de/politik/aktuell/



DIE LINKE. im Rathaus



Haushalt 1

In diesem Jahr gab es endlich im Frühjahr einen bestätigten Haushalt, der nach harten Verhandlungen breite Zustimmung bei den Stadtverordneten gefunden hat. Doch schon kurz nach der Beschlussfassung stellte sich heraus, dass die Verwaltung in den Beratungen nicht alle Karten auf den Tisch gelegt hatte. Jetzt sollen die Stadtverordneten Mittel für Aufträge bewilligen, die während der laufenden Haushaltsberatungen erteilt wurden, aber so nicht bekannt waren. Diese Tatsache ist schon ungeheuerlich genug, doch darüber hinaus ist es ein klarer Verstoß gegen die Haushaltsvorschriften. Denn so lange es keinen bestätigten Haushalt gibt dürfen nur unbedingt notwendige und rechtlich verpflichtete Ausgaben getätigt werden. Also zum Beispiel kann ein Rohrbruch nicht warten oder es müssen Löhne gezahlt werden. Doch um solche Ausgaben handelt es sich wieder mal nicht und damit sind sie auch im Nachhinein nicht zu bewilligen.

Haushalt 2

Die Kämmerin Frau Piasecki war offenbar mit Zustimmung des Bürgermeisters - der Auffassung, dass eine Mittelsperre verhängt werden müsse. Das ist möglich, wenn die Ausgabenentwicklung zeigt, dass der Fehlbedarf sich weiter vergrößert. In Guben geschehen aber mit dieser Möglichkeit eigenartige Dinge. Erstens wurden die Stadtverordneten erst Monate danach über die Sperrung informiert, obwohl dieses unverzüglich zu geschehen hat. In zwei Sitzungen der Stadtverordneten nach der Verhängung der Sperre hatte die Kämmerin nach ihrer Aussage es „vergessen“, die Stadtverordneten zu informieren. Na gut, lassen wir das so stehen – jeder kann sich selbst seinen Reim darauf machen. Denn schaut man mal in die gesperrten Stellen, da geht es nicht etwa um Großvorhaben oder Zuschüsse, sondern es geht einzig und allein um die Schulen. Ausgaben für Lehr- und Lernmittel, Arbeitsmittel usw. wurden allesamt gesperrt; die Schulen praktisch handlungsunfähig gemacht. Schulen

sind aber eine Pflichtaufgabe der Stadt, so dass die Mittelsperre völlig unberechtigt war und die Mehrheit der Stadtverordneten dies genauso sah und unserem Antrag auf Aufhebung der Mittelsperre zustimmte.

Haushalt 3

Auf Grund des Millionendefizits im städtischen Haushalt ist dieser nur mit strengen Auflagen und harten Bandagen genehmigt worden. So müssen alle zusätzlichen Einnahmen zur Verringerung dieses Fehlbedarfs eingesetzt werden. Da sieht es für Guben mal richtig gut aus. 750.000 € mehr aus der Gewerbesteuer und weil der Kreis keinen genehmigten Haushalt hat bleiben 250.000 € für die Kreisumlage hier. Die Realität für Guben zeigt aber wieder ein anderes Bild beim Einsatz dieser Gelder. Begehrlichkeiten in der Verwaltung werden bedient und der wahre Verwendungszweck nicht umgesetzt. Komisch, nur wenn es um Gebührenerhöhungen oder die Kürzung von Zuschüssen geht, da beruft man sich gern auf die Auflagen zur Haushaltsgenehmigung und will diese 1:1 durchdrücken.

Gestorben wird immer

Frei nach dieser Devise soll an der Gebührenschaube gedreht werden, damit mehr Geld in die Stadtkasse gespült wird. Vom Grundsatz her ist es natürlich richtig, dass derjenige, welcher eine Leistung in Anspruch nimmt, diese auch bezahlen muss. Zum Glück leben wir in einem Rechtsstaat und da können Gebühren nicht nach Gutdünken, frei nach dem Motto „was brauche ich mal“ erhoben werden. Vielmehr müssen Rechtsvorschriften eingehalten werden, und genau da setzen die Zweifel an, wenn man sich die entsprechenden Zuarbeiten der Verwaltung zur neuen Friedhofsgebührensatzung ansieht. Dass was sie Kalkulation nennen ist eine einfache Rechnung: ich habe so und so viel Geld zum Ausgeben und nun verteile ich es nach Länge, Breite und Liegezeit und habe am Schluss plus/minus Null. Das mag mathematisch so stimmen,

doch es ist falsch, da wesentliche Vorschriften nicht eingehalten werden. Es fängt schon mit ihren Ausgabezahlen an. In der schriftlichen Beschlussvorlage sprechen sie von Ausgaben 2009 in Höhe von ca. 236.400 €. Das Material, welches dem Umwelt-Ausschuss in der Sitzung offeriert wurde beinhaltet Ausgaben von ca. 240.500 €. Wir haben in der Jahresrechnung 2009 nachgesehen und festgestellt, es wurden aber nur ca. 216.800 € ausgegeben. Kalkuliert wurden mit den neuen Gebühren Einnahmen in Höhe ca. 231.700 €, d.h. es käme zu einer Mehreinnahme, die der Gesetzgeber aber nie so vorgesehen hat. Offenbar eine bewusste Falschinformation der Stadtverordneten, denn die Jahresrechnung wurde schon am 30. März 2010 aufgestellt und die „Kalkulation“ stammt vom Oktober dieses Jahres. Pikantes Detail: Bei den Ausgaben wur-

den auch die eingerechnet, die bei der Pflege von Kriegsgräbern anfallen. Diese Ausgaben werden aber zu 100% erstattet, d.h. diese Ausgaben dürfen nicht angesetzt werden. Hinzu kommen auch die Ausgaben für die Pflege der Wege, Einrichtungen usw. Diese Unterhaltungs- und Pflegekosten sind aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren und nicht über Gebühren abzurechnen. In Guben soll mit der jetzt vorgelegten Beschlussvorlage klar dagegen verstoßen werden, denn eine Herausrechnung dieser Kosten erfolgte nicht. Über die Höhe der Gebühren brauchen wir gar nicht zu reden, wenn schon der Ansatz, nämlich eine rechtmäßige Kalkulation nicht eingehalten wird.

Fraktion DIE LINKE.

Helfen Sie mit Ihrer Spende

Braunkohlenutzung rechtzeitig beenden Helfen Sie Grabko, Kerkwitz und Atterwasch mit Ihrer Spende!

Sturer Kohlekurs bedroht Mensch und Natur

Als eine von fünf neuen Braunkohlegruben will der Kohlekonzern Vattenfall den Tagebau Jänschwalde-Nord eröffnen. Mit Grabko, Kerkwitz und Atterwasch droht dadurch jahrhundertealten Dörfern mit 900 Einwohnern die Umsiedlung. Das Umfeld tausender weiterer Menschen in Dörfern wie Taubendorf und Groß Gastrose sowie in der Stadt Guben wäre über Jahrzehnte nicht mehr lebenswert. Wertvolle Naturschutzgebiete würden verschwinden oder vom Grundwasser abgeschnitten. Die geförderte Kohle soll nach Vattenfall-Ankündigungen in einem neu gebauten Kohlekraftwerk verbrannt und das entstehende Klimagas CO₂ unter Beeskow oder Neutribbin endgelagert werden, wo die Bevölkerung bereits massiv dagegen protestiert. Dass Braunkohle zunehmend unter Druck gerät, erhöht unsere Chancen. Gerade in Brandenburg können wir uns aber nicht darauf verlassen, dass die Politik rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen zieht. Das müssen wir erkämpfen!

Die Zeit läuft

Ein Braunkohlenplanverfahren wurde bereits eingeleitet, bis 2015 versucht die Landesregierung es zum Abschluß zu bringen. Dies wäre die allererste rechtliche Entscheidung über den neuen Tagebau. Wir sind überzeugt, dass ein

Tagebau Jänschwalde-Nord weder mit deutschem noch mit europäischem Recht vereinbar wäre. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer Fachtagung, die wir im April 2010 in Guben durchführten.

Sie können helfen!

Doch um dieses Recht gegen die Unvernunft von Konzern und Politik auch durchsetzen zu können, werden juristische Beratung, Fachgutachten und im Ernstfall auch Klageverfahren nötig sein. Eine intensive Begleitung der Plan- und Genehmigungsverfahren ist dabei viel wirksamer, wenn sie von Anfang an erfolgt. Die Kosten dieses Kampfes möchten wir auf möglichst viele Schultern verteilen und bitten deshalb gemeinsam um Spenden. Neben dem geplanten Tagebau Jänschwalde-Nord müssen wir auch die Verfahren zum Braunkohlekraftwerk Jänschwalde sowie den bereits bestehenden Tagebau Jänschwalde im Blick haben.

Die Umweltgruppe Cottbus hat die Koordination für fachliche und juristische Schritte übernommen. Aus diesem Grund können Sie auf das dortige Spendenkonto Ihren Beitrag leisten. Die Unterstützung ist auch in Form einer regelmäßigen Zahlung möglich, wenn Sie sich zu einer Fördermitgliedschaft bereit erklären. Alle Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

MdB Wolfgang Nešković (Fraktion DIE LINKE)

MdL Sabine Niels (Bündnis90/Die Grünen)

MdL Monika Schulz-Höpfner (CDU)

Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit/Veranstaltungen der Agenda 21 Schenkendöbern
Evangelische Kirchengemeinde Region Guben
Grabko e.V.
GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus
Klinger Runde



*Wir gratulieren unseren
Seniorinnen und
Senioren zum
Geburtstag in den
Monaten November
und Dezember*

*Werner Franzke zum 91.
Edith Koster zum 86.
Inge Krüger zum 84
Brigitte Schreck zum 83
Hermann Ansorge zum 83.
Hildegard Hampel zum 82.
Horst Hampel zum 82.
Werner Pohl zum 82.
Werner Möhring zum 82.
Günter Fröde zum 80.
Werner Zieger zum 77.
Dietrich Geßler zum 76.
Rudolf Blumrich zum 75.
Eberhard Krajewicz zum 72.
Karin Henning zum 68.
Peter Kammer zum 67.
Hiltrud Mederacke zum 64.*

Spendenkonto

Empfänger:
Umweltgruppe Cottbus e.V.
Konto: 3302103203
BLZ: 18050000
Kennwort: Braunkohle
beenden



**Eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und
ein gesundes neues Jahr wünscht Ihnen**

DIE LINKE.
Ortsverband Guben

Öffnungszeiten Büro Berliner Str. 1
Mo und Mi 14:00 – 16:00
Di und Do 10:00–14:00 (Bürgerbüro
Jürgen Maresch, MdL)

Sitzung der Fraktion DIE LINKE
In der SVV Guben
jeweils Montag ab 19:30 Uhr
Rathaus (Turm West)
Tel. 03561 6871 3002

Impressum:
Zeitung von DIE LINKE.Ortsverband Guben und Infoblatt
von DIE LINKE.Fraktion der SVV Guben
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz, Berliner Str. 1, 03172 Guben
Redaktionsschluss: 05.12.2010
Druck: Eigendruck, Auflage 7000 Stück